

Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushaltsplan 2018

Neunkirchen, den 13.12.2017

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrter Kämmerer Schwunk,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr verehrte Ratsmitglieder,
sehr verehrte Vertreter der Presse,
sehr verehrte Gäste,

in einer in Deutschland unsicheren politischen Zeit sind wir gehalten, unseren Haushalt zu verabschieden. Während man sich in Berlin noch darüber streitet, wer nun ans Regieren kommt, versuchen wir in unserem kleinen Heimatort, das kommende Jahr zu planen und in die richtigen Bahnen zu leiten.

Ob man das Jamaika-Aus begrüßt oder sich darüber ärgert, eine Neuauflage der Gro-Ko wünscht oder verteufelt: Die Auswirkungen der Verunsicherung im eigenen Land bekommen wir bis auf die kommunale Ebene zu spüren. Wie geht es mit den Flüchtlingen weiter? Gibt es auch in unserer Gemeinde einen „Rechtsruck“, der Hass und Menschenfeindlichkeit mit sich bringt? Wie können wir dem entgegenwirken?

In dieser unruhigen, unsicheren Phase verabschieden wir einen Haushalt, der Erträge von etwa 30,7 Mio. € und Aufwendungen von ca. 32 Mio. € vorsieht. Zum Ausgleich bedienen wir uns der allgemeinen Rücklage in Höhe der fehlenden 1,2 Mio. €. Diese Zahlen tragen nun nicht gerade der Beruhigung bei.

Beunruhigend, mehr noch ärgerlich, erscheint dann die Höhe der **Kreisumlage**: Mehr als 12 Mio. € gehen an den Kreis! In den letzten Wochen und Monaten ist die Kritik an dieser Umlage lauter und vielleicht auch schärfer geworden. Sowohl die Bürgermeister der Kommunen als auch die meisten Neunkirchener Ratsmitglieder wollen diese „Abzocke“ nicht hinnehmen. Sparwillen und Sparmaßnahmen, wie sie auf kommunaler Ebene zu finden sind, sind beim Kreis noch nicht im gleichen Maße zu erkennen. Jedes Jahr schließt der Kreishaushalt mit einem wesentlich geringeren Defizit ab, als zur Berechnung der Kreisumlage zugrunde gelegt wurde. Diese großzügige Absicherung des Kreishaushalts wird durch steigende Kreisumlagen der finanzschwachen Gemeinden bezahlt. Die alljährliche Steigerung der Kreisumlage belastete und wird die Kommunen über Gebühr belasten. Meine Fraktion schließt sich ausdrücklich der Kritik an dieser Umlagenhöhe

an und wird unseren Bürgermeister sowie die Bürgermeisterkonferenz weiterhin dabei unterstützen, hier für mehr Gerechtigkeit zu sorgen.

Wenigstens, so möchte man sagen, sind wir aber die unsägliche Abundanzumlage los.

Sowohl Bürgermeister Baumann als auch Kämmerer Schwunk haben in ihren Haushaltsreden darauf hingewiesen, wie wichtig die **Gewerbesteuerereinnahmen** für unsere Kommune sind. Für 2018 sind etwa 12,8 Mio. € als Einnahmen veranschlagt, allerdings ist es im Endeffekt jedoch kaum von uns beeinflussbar oder gar vorherzusehen, wieviel Geld tatsächlich in die gemeindlichen Kassen fließt. Wir müssen in Neunkirchen aufmerksam und besonnen die Gewerbeentwicklung vorantreiben und die ansässigen Firmen unterstützen, damit diese Einnahmequelle nachhaltig sprudelt. Das heißt zum Beispiel, dass wir die Gewerbegebietsentwicklung und -ausweisung sinnvoll und umsichtig – sowohl für Industrie als auch für Bürgerinnen und Bürger und die Natur – betreiben müssen. Beispiele hierfür sind das Gewerbegebiet im Wiesengrund und die Überlegungen, das Gewerbegebiet „Hemmbach“/Heinrichsglück für weitere Gewerbenutzung und -ausbau ins Auge zu fassen.

Kritisch wird es unserer Ansicht nach jedoch, wenn das gemeindliche/verwaltungsseitige Entgegenkommen für Firmen so weit geht, dass man das Wachsen von Strukturen zulässt, die uns nun als „potenzielle Gefahrenquelle“ für Bürgerinnen und Bürger verkauft werden. Und dass diese Gefahrenquelle angeblich nur darüber zu beheben sei, dass man eine gemeindeeigene, öffentliche Straße an eine Firma verkauft. Das Einleiten des sogenannten „**Wegeeinziehungsverfahrens**“ und damit verbunden die anschließende Veräußerung der Fritz-Schäfer-Straße erscheint uns nicht nachhaltig und zu kurz gedacht.

Zwar wird eine mögliche Gefährdung durch Betriebsverkehr behoben. Gleichzeitig schaffen wir uns aber eine neue Gefahrensituation: Wenn dann der LKW An- und Abfahrtsverkehr der Firma SSI Schäfer über die Jung-Stilling-Straße geleitet wird, fährt täglich eine große Anzahl LKWs am Familienbad vorbei. Und die Verantwortung dafür, wenn das erste Kind im Sommer von einem LKW angefahren oder überfahren wird, wollen wir nicht übernehmen.

Der Vergleich der beiden hier skizzierten Gefahrenquellen offenbart übrigens noch eine brisante Qualität: Die Gefährdung von Benutzern der öffentlichen Straße im Betriebsgelände der Firma SSI Schäfer hat die Firma hervorgebracht. Hier hat man jahrelang zugeschaut, wie sich das Betriebsgelände die Straße einverleibt hat.

Das Entstehen der neuen Gefahrenquelle vorm Familienbad an der Jung-Stilling-Straße nehmen wir sehenden Auges, billigend in Kauf. Hierfür wird man uns dann tatsächlich zur Verantwortung ziehen können!

Mit Sorge sehen wir auch den Präzedenzfall, den wir mit dem Verkauf einer gemeindeeigenen, öffentlichen Straße schaffen. Es gibt auf Gemeindegebiet noch andere Firmen, deren Betriebsgelände über eine öffentliche Straße führt. Was, wenn auch hier Ansprüche an uns getragen werden? Wie gehen wir dann damit um? Gleiches Recht für alle Firmen, oder Ausnahmeregelung nur für die Firma SSI Schäfer, mit der wir einmal mehr die Versäumnisse der Vergangenheit aufarbeiten müssen?

Überdies sollten wir uns natürlich auch fragen, ob es wirklich im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger ist, die kürzeste fußläufige Verbindung zwischen Rassberg und Salchendorf zu kappen.

Tatsächlich einmal im Zentrum stehen Bürgerinteressen im sogenannten **IKEK**¹-Prozess. Hierin haben wir in den letzten Wochen und Monaten zusammen auf Entwicklungspotenziale und Entwicklungsbedarfe unserer Kommune geschaut. Zwei Aspekte gefallen uns dabei ganz besonders. 1. IKEK schafft Gelder heran – Fördergelder. Die haben wir dringend nötig. 2. IKEK schaut ganz genau hin: Wo müssen wir etwas tun? Und es verwundert nicht, dass dann Bereiche genannt werden, in denen auch wir Handlungsbedarfe sehen: Entwicklung der Ortsmitte, Radwegeplanung, Stärkung des Ehrenamtes, Erhalt und Restaurierung der Orte für Gemeinschaft und Zusammenkommen. Förderlich erscheint mir auch, dass das beauftragte Planungsbüro ohne Scheu mit dem Finger auf die Schwachstellen unserer Kommune zeigt: Durch Industrieansiedlung unattraktive Straßenzüge, halbherzig angelegte Spielplätze, Verkehrsprobleme in der Ortsmitte oder aber auch der unüberlegte Umgang mit Baumbeständen (u.a.). Aus dem Ergebniskompodium und der Arbeit mit IKEK erhoffen wir uns eine deutliche Steigerung der Lebens- und Wohnqualität für unsere Bürgerinnen und Bürger in Neunkirchen.

Für eine Steigerung der Lebensqualität werden auch **Investitionen** notwendig, die wir mit der Verabschiedung des Haushalts heute auf den Weg bringen oder weiter betreiben wollen. Die Sanierung der Großturnhalle, die Modernisierung der Aula und verschiedene Straßenbaumaßnahmen gehören dazu. Auch die **Digitalisierung** unserer Schulen, die wir glücklicherweise aus dem rot-grünen Förderprogramm „Gute Schule 2020“ bestreiten können, muss vorangetrieben werden. Nicht zu vergessen sind die Maßnahmen für die Nachrüstung im Brandschutz. All diese Investitionen sind teuer, aber notwendig um unsere Infrastruktur und unsere Gebäude nicht dem Verfall preiszugeben. Nichtsdestotrotz sehen wir noch immer die Notwendigkeit zum **Sparen** oder kritisch zu untersuchen, welche Ausgaben wir tatsächlich tätigen müssen. Es gibt Positionen im Haushaltsentwurf, die zum Kopfschütteln anregen: fast 600.000 € Verlustausgleich für das Familienbad in 2018, etwa 130.000 € Entschädigung für Ratsarbeit. Kopfzerbrechen bereitet es meiner Fraktion auch, wenn wir feststellen müssen, dass sich trotz vorliegender Gutachten keine Verbesserung, kaum mal ein Handlungsplan ergeben hat. Dies ist der Fall beim eben erwähnten Familienbad oder aber auch beim Verkehrskonzept für die Ortsmitte.

Hier ist, bis auf einen halbherzigen Vorschlag einer verkehrlichen Öffnung unter dem Rathaus, nichts entstanden. Ideen und Vorschläge aus den verschiedenen Fraktionen sind als nicht durchführbar oder mit dem Hinweis auf Zuständigkeit des Kreises, zurückgewiesen worden.

Vielleicht ein kleiner Hoffnungsschimmer: Auch IKEK hat den Bedarf an einer Verbesserung der Verkehrssituation in der Ortsmitte erkannt und in eine Gesamtbetrachtung eingebettet, die - sollte eine Umsetzung stattfinden - Optimierung verspricht.

¹IKEK: Integriertes kommunales Entwicklungskonzept

Investitionen und Innovationen auch in unseren **Schulen**: Wir haben ein fortschrittlich arbeitendes Gymnasium und eine Sekundarschule, die sich mit hervorragender Arbeit und den Vorteilen dieser Schulform etabliert hat und eine hohe Akzeptanz – so zeigen die Schülerzahlen! – erfährt. Richtigerweise hat das Prinzip Inklusion auch unsere Schulen der Sekundarstufe erreicht. Hier ist den Schulleitungen und den Kolleginnen und Kollegen der Schulen für ihren Einsatz und ihr Engagement zu danken. Es ist begrüßenswert, dass *alle* Kinder unserer Gemeinde die Chance haben, zusammen mit den Kindern aus der Nachbarschaft eine Schule zu besuchen und dabei eine bestmögliche Förderung zu erhalten. Mit Besorgnis müssen jetzt wir darauf schauen, was die neue schwarz-gelbe Landesregierung in der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ausbremst und welche Erfolge der Inklusion zunichte gemacht werden.

Wir stecken noch immer in einer Diskussion um die **Entwicklung unserer Grundschulen**. Was ist das Beste für die Kinder der Neunkirchener Familien? Ist eine Schule, nur weil sie im Ortsteil gleich um die Ecke steht, sofort eine gute Schule? Nein, das ist sie mitnichten. Zu einer guten Schule gehört viel mehr als der Verzicht auf eine Busanfahrt.

Eine gute Schule hat ein umfangreiches Lehrerstundenkontingent, das Klassenfahrten, AGs, Förderunterricht und tatsächliche Inklusion zulässt. Gute Schule findet in gut ausgestatteten Räumen statt, mit Inventar, das sauber und heil ist. Gute Schule macht guten Unterricht, in dem binnendifferenziert wird, in dem individuelle Förderung stattfindet, in dem engagierte Lehrkräfte – auch (umso besser!) zu zweit oder in multiprofessionellen Teams – arbeiten. Eine gute Schule hat eine positive Schulkultur, heißt jedes Kind willkommen, lebt eine Gemeinschaft.

Mit Verwunderung beobachten wir, wie sich die Vertreterinnen und Vertreter unserer derzeitigen Grundschulen dagegen verwehren, die Potenziale und Chancen, die eine Zusammenlegung der Schulen auf dem Rassberg beinhaltet, anzuerkennen. Vielmehr, so müssen wir feststellen, hat man sich darauf eingeschossen, nichts an den bestehenden Strukturen verändern zu wollen. Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, Schulentwicklung, Schulqualitätsverbesserung sieht anders aus!

Nach den Diskussionen, nach Abwägen von Vor- und Nachteilen und nach einer Begehung der Kopernikusschule als möglichem Standort einer neuen, ortsteileübergreifenden Grundschule bin ich von meiner Gesamtfraktion und dem grünen Ortsverband gehalten, mich deutlich für die Zusammenlegung der Grundschulen auf dem Rassberg auszusprechen. Es macht aus unserer Sicht Sinn, nun *ein* Gebäude zukunftsfähig auszustatten, mit allem was dazugehört, seien es Lehrerstundenzuweisungen, auskömmliche Zuweisung von Sonderlehrkräften, Mobiliar, Mensa, Hard- und Software oder Brandschutz – anstatt weiterhin *drei* Schulen und Gebäude mehr schlecht als recht zu erhalten. Machen wir uns nichts vor: Die Gebäude und die Ausstattung der Ortsteilgrundschulen sind in keinem tollen Zustand und es ist kein Geld da um drei Gebäude vernünftig zu sanieren, auszustatten und zu unterhalten.

Mehr noch als der Gebäudeerhalt aber reizt der Gedanke, hier nun eine Schule an den Start zu bringen, welche die gute Arbeit der bisherigen Standorte vereint und ein Schulprogramm auf die Beine stellt,

das allen Schülerinnen und Schülern bestmögliche Startchancen in die Schullaufbahn bietet und dabei personell und materiell sehr gut und ohne Abstriche ausgestattet ist.

Wenn es um die kleinsten, oder aber auch schwächsten Mitglieder einer Gemeinschaft geht, wird es sehr schnell emotional. Befremdlich sind dann Allgemeinplätze, Stammtischparolen, oder Argumentationen die mit „Ich habe ja nichts gegen Flüchtlinge – aber...“ beginnen.

In diesem Zusammenhang erhofft sich meine Fraktion einen weiterhin sensiblen Umgang mit den **Flüchtlingszuweisungen** und den Menschen, die zu uns kommen.

Dass Menschen ihr Heimatland verlassen, weil sie sich in Deutschland ein menschenwürdiges Leben, Wohlstand und Frieden erhoffen, ist nicht neu. Vor dreißig Jahren kamen russische Aussiedler, dann die Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien, die vor dem Krieg flohen.

Seit zwei Jahren sind es Flüchtlinge aus Syrien, aus anderen arabischen Ländern und aus Afrika, die bei uns Asyl möchten. Ob dieses Begehren gerechtfertigt ist oder nicht, wird nicht von uns entschieden. Unsere Aufgabe besteht lediglich darin, diesen Asylsuchenden menschenwürdige Unterkünfte bereitzustellen sowie sie mit dem Lebensnotwendigen zu versorgen.

Die Unterbringung in den Unterkünften am „Alten Weg“ ist unserer Ansicht nach – und das bestätigen viele Ehrenamtler - nicht mehr menschenwürdig. Der Vorwurf, der Zustand dort sei auf Vandalismus der Bewohner zurückzuführen, erscheint nach Einschätzung der ehrenamtlichen Integrationshelfer, die die Situation dort seit mehr als einem Jahr kennen und einzuschätzen vermögen, nicht gerechtfertigt.

Um wenigstens notdürftig Reparaturen ausführen und ein Minimum an Wohnqualität gewährleisten zu können, wurde dankenswerter Weise der Betrag für die Bauunterhaltung aller elf Flüchtlingsunterkünfte auf insgesamt 30.000 € aufgestockt.

Ich will es nicht versäumen, an dieser Stelle den vielen, in der Flüchtlingshilfe ehrenamtlich Tätigen den ausdrücklichen Dank meiner Fraktion und des Ortsverbandes auszusprechen.

Bürgermeister Baumann hat sich in seiner Haushaltsrede an mehreren Stellen auf die Zeit bezogen; mit *Konrad Zuse* hat er in die Vergangenheit geschaut, mit *Science Fiction* in die Zukunft geblickt. Im Hier und Jetzt bleibt es kritisch zu betrachten: Wann ist die Zeit für Veränderung und Entwicklung? Oder eher: Wieviel Zeit bleibt uns noch um Verfall aufzuhalten und Entwicklung anzustoßen? Im kommenden Jahr haben wir, mit dem heute verabschiedeten Haushalt, die Gelegenheit dazu. Wir werden uns daran geben, positive Veränderungen anzustoßen oder voranzutreiben.

Das obliegt uns, auch mit dem Verlust von „Manpower“, den wir im letzten Jahr verkraften mussten. In der Ratsarbeit ist Heinz-Werner Feuring ausgeschieden. Seine Erfahrung, seine politischen Kontakte und seine immer vernunftbasierte Argumentation werden fehlen. In unserer Fraktionsarbeit und im Ortsverband der Grünen fehlt nun Reinhard Schumann, dessen Weitblick und Menschenfreundlichkeit über Fraktionsgrenzen hinaus geschätzt wurde.



In einem alten Schläger heißt es „Die Zeit macht nur vor dem Teufel halt, denn er wird niemals alt“. Unsere Gebäude, unsere Infrastruktur wird alt und braucht Erneuerung.

Im Schläger heißt es weiter: „Heut ist fast schon morgen“ – ich möchte ergänzen „heute ist fast schon gestern“. In diesem Sinne hoffe ich, dass wir im kommenden Haushaltsjahr (am liebsten schon morgen!) Veränderungen anpacken und Entwicklungen vorantreiben.

Daher bleibt abschließend zu konstatieren: Meine Fraktion stimmt dem Haushaltsentwurf 2018 zu.

Wir bedanken uns bei Bürgermeister Baumann und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die meist gute Zusammenarbeit und hoffen, dass wir diese konstruktiv im kommenden Jahr fortsetzen können.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Neunkirchner Rat,

Manuela Königer
Fraktionsvorsitzende

Es gilt das gesprochene Wort